

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 5. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Dezember 2009, 10 Uhr,
im Großen Sitzungssaal des Landesrechnungshofs

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)	Vorsitzender
Daniel Günther (CDU)	i. V. von Johannes Callsen
Astrid Damerow (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Marion Herdan (CDU)	i. V. von Hans Hinrich Neve
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Katharina Loedige (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ulrich Schippels (DIE LINKE)	
Anke Spoorendonk (SSW)	i. V. von Lars Harms

Weitere Abgeordnete

Dr. Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Mitglieder und Aufgaben des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	4
2. Verlängerung des Mietvertrages des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein im Gebäude der Deutschen Bundesbank Filiale Kiel, Hopfenstraße 30	5
Umdruck 17/80	
3. Veräußerung der Liegenschaft in Itzehoe, Breitenburger Straße 68/70	6
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 17/22	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/41 (überwiesen am 20. November 2009)	
5. Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen	8
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15 (überwiesen am 20. November 2009)	
6. Auflösung der globalen Minderausgaben 2009	10
Umdruck 17/73	
7. Information/Kenntnisnahme	11
Umdruck 17/23 - Entwicklungen der Planstellen und Stellen Umdruck 17/24 - Kooperationsvereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über BAföG-Leistungen Umdruck 17/42 - Glücksspielstaatsvertrag	
8. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der Mitglieder und Aufgaben des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Dr. Altmann, Präsident des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein, stellt zunächst die Grundlagen der Finanzkontrolle dar. Der Landesrechnungshof habe den Verfassungsauftrag, die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes, der kommunalen Gebietskörperschaften sowie der anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts und Privatrechts zu überwachen. Der Etat des Rechnungshofs umfasse ein Volumen von 6,5 Millionen €, davon seien fast 80 % Personalkosten. Der Rechnungshof habe sich am Personalkosteneinsparkonzept des Landes beteiligt. Von den 100 Stellen, bei denen es eine relativ hohe Fluktuation gebe, seien mehr als 40 % mit Frauen und fast 10 % mit Schwerbehinderten besetzt. Der Rechnungshof wünsche sich auch weiterhin eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Finanzausschuss. Die von der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung erarbeiteten und vom Landtag verabschiedeten Voten zu den jährlichen Bemerkungen empfindet der Rechnungshof als wichtige Unterstützung.

Sodann stellen sich MR'in Klindt als Leiterin der Präsidialkanzlei, Vizepräsident Dopp als Leiter der Prüfungsabteilung 1 (Personal, Haushalt, Steuerverwaltung, Rundfunk, Justiz), MDgt Dr. Eggeling als Leiter der Abteilung 2 (Arbeit, Soziales, Politikfinanzierung, Schulen, Hochschulen, IT) und MDgt Asmussen als Leiter der Abteilung 4 (Polizei, Landwirtschaft, Umwelt, Kommunalprüfung) vor.

Der Vorsitzende würdigt im Namen des Finanzausschusses die Arbeit des Landesrechnungshofs und unterstreicht die Zusammenarbeit zwischen Finanzausschuss und Rechnungshof.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verlängerung des Mietvertrages des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein im Gebäude der Deutschen Bundesbank Filiale Kiel, Hopfenstraße 30

Umdruck 17/80

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss der Verlängerung des Mietvertrages, Umdruck 17/80, zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Veräußerung der Liegenschaft in Itzehoe, Breitenburger Straße 68/70

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 17/22

Abg. Schippels stimmt der vorgesehenen Veräußerung an den privaten Käufer nicht zu, weil die Fraktion DIE LINKE die Nutzung des Objekts für ein gerade geschlossenes Jugendzentrum favorisiere.

Gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE stimmt der Finanzausschuss der Veräußerung der Liegenschaft, Umdruck 17/22, zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP

Drucksache 17/41

(überwiesen am 20. November 2009)

Abg. Koch erläutert die Intention des Gesetzentwurfs: Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts verlange für die Altersbegrenzung auf 65 Jahre für eine Verbeamtung eine gesetzliche Grundlage. Mit dem Gesetzentwurf wolle man die generelle Begrenzung auf 45 Jahre gesetzlich festzurren.

Eine Frage von Abg. Herdejürgen beantwortet VP Dopp dahin, der Landesrechnungshof habe keine größeren Bedenken gegen den Gesetzentwurf. Der Rechnungshof warne allerdings davor, zu ausschweifend Übernahmen ins Beamtenverhältnis vorzunehmen.

Abg. Heinold kritisiert - unterstützt von Abg. Spoorendonk -, dass der von den Regierungsfractionen vorgelegte Gesetzentwurf offensichtlich im Ministerium erarbeitet worden sei, und bittet die Landesregierung darum, über entsprechende Vorhaben künftig alle Fraktionen zu unterrichten.

St Dr. Bastian macht deutlich, es gehe darum, die Altersbegrenzung bei der Verbeamtung rechtlich abzusichern. Es solle vermieden werden, dass Bewerber über 45 Jahren den Beamtenstatus einklagten, was für den Dienstherrn in den allermeisten Fällen unwirtschaftlich sei.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 17/41 unverändert anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15

(überwiesen am 20. November 2009)

St Dr. Bastian erklärt, die Zustimmung der Landesregierung zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz hänge vom Ergebnis der Verhandlungen mit der Bundesregierung ab. Gewähre die Bundesregierung keine Kompensation, bleibe es bei der ablehnenden Haltung der Landesregierung.

Abg. Koch schlägt vor, die Beschlussfassung über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den 16. Dezember 2009 zu vertagen, um die Verhandlungsergebnisse vom 13. Dezember 2009 berücksichtigen zu können. Es sei wenig hilfreich, der Landesregierung durch einen vorherigen Beschluss des Landtages jeglichen Verhandlungsspielraum zu nehmen.

Die Abgeordneten Spoorendonk, Heinold und Schippels sprechen sich dafür aus, jetzt über den Antrag in der Sache abzustimmen, um für die Verhandlungen der Landesregierung mit der Bundesregierung deutlich zu machen, dass der Landtag voll hinter der Landesregierung stehe.

Auch Abg. Schulze plädiert für eine Abstimmung in der Sache, da doch alle Fraktionen und der Ministerpräsident der Auffassung seien, dass man den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung ohne Gegenfinanzierung nicht zustimmen könne.

Demgegenüber empfiehlt Abg. Loedige, die Beschlussfassung über den Antrag zu vertagen, weil der Antrag in der jetzigen Verhandlungsphase keine Unterstützung, sondern eher hinderlich sei.

Abg. Dr. Habeck unterbreitet folgenden Kompromissvorschlag: Der Landtag solle die Landesregierung auffordern, den Steuersenkungsplänen im Bundesrat nur dann zuzustimmen, wenn Kompensationen geleistet würden, die die Sparbemühungen des Landes nicht torpedierten.

Abg. Weber favorisiert die ursprüngliche Formulierung des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gehe im Kern um die Frage, ob die Beschlüsse des Bundes unter dem Strich das Land Schleswig-Holstein Geld kosteten.

Abg. Schippels formuliert folgenden Änderungsantrag: „Der Landtag fordere die Landesregierung auf, den Steuersenkungsplänen nicht zuzustimmen, wenn es keine angemessene finanzielle Kompensation seitens des Bundes gibt.“

Die Abgeordneten Spoorendonk und Schulze stellen klar, dass das Land und der Ministerpräsident angesichts der Haushaltslage und der Schuldenbremse überhaupt keinen Verhandlungsspielraum hätten.

Abg. Herdejürgen legt Wert auf die Feststellung, dass ein Ergebnis unterhalb einer kompletten Kompensation für Land und Kommunen nicht hinnehmbar sei.

P Dr. Altmann weist darauf hin, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz für Schleswig-Holstein auch positive Effekte habe, die in den Verhandlungen sicherlich eine Rolle spielten.

St Dr. Bastian äußert sich in die gleiche Richtung. Land und Kommunen seien in der Mitverantwortung für die Stützung der Konjunktur. Bei der Abwägung des Kompromisses müsse man alle Effekte berücksichtigen. Es sei notwendig, einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen herbeizuführen. Die Landesregierung vertrete die Interessen von Landeshaushalt und Kommunen deutlich.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 11:05 bis 11:20 Uhr einigen sich alle Fraktionen auf eine Änderung des zweiten Satzes im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/15 in folgender Fassung anzunehmen: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass weder das Land noch die Kommunen weitere Einnahmeverluste verkraften können. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Steuersenkungsplänen im Bundesrat nur zuzustimmen, wenn es eine angemessene finanziell wirksame Kompensation seitens des Bundes gibt, die die Haushaltskonsolidierungsbemühungen des Landes nicht konterkariert.“

Punkt 6 der Tagesordnung:

Auflösung der globalen Minderausgaben 2009

Umdruck 17/73

Auf eine Frage von Abg. Heinold erwidert RL Dr. Gerwien, der Vertrag mit den Trägern des FÖJ sei im Mai mit einer Summe von 1,2 Millionen € geschlossen worden und laufe von August 2009 bis August 2010. In diesem Zeitraum verringere sich die monatliche Förderung um jeweils 4.000 €.

Der Finanzausschuss kommt überein, dass die Fraktionen ihre Fragen zur Auflösung der globalen Minderausgaben über den Ausschussgeschäftsführer schriftlich an das Finanzministerium richten und das Finanzministerium die Fragen rechtzeitig vor der Finanzausschusssitzung am 21. Januar 2010 schriftlich beantwortet.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- Umdruck 17/23 - Entwicklungen der Planstellen und Stellen
- Umdruck 17/24 - Kooperationsvereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über BAföG-Leistungen
- Umdruck 17/42 - Glücksspielstaatsvertrag

Der Ausschuss nimmt die drei Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 17/23 - Entwicklungen der Planstellen und **Stellen** - stellt Abg. Heinold fest, dass das Land von 2005 bis 2008 100 Stellen und im Jahre 2009 300 Stellen eingespart habe.

Abg. Koch weist darauf hin, dass seit der Regierungsübernahme der CDU im Jahr 2005 über 500 Stellen im Landesdienst abgebaut worden seien.

St Dr. Bastian macht darauf aufmerksam, dass vor allem im Bereich der allgemeinen Verwaltung Personal eingespart worden sei, während es im Lehrerbereich starke Aufwüchse gegeben habe. Das Personalreduzierungskonzept müsse auf die drei Kennzahlen Stellen, Kosten und Arbeitszeitvolumen abstellen.

P Dr. Altmann hält die Gesamtbilanz für entscheidend, und die sei wegen starker Stellenzuwächse im Bildungsbereich wenig erfolgreich. Der Stellenbestand zuzüglich Stellenverlagerungen habe von 1995 bis heute zugenommen.

Auf eine Frage von Abg. Loedige zu Umdruck 17/24 - Kooperationsvereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über **BAföG-Leistungen** - erwidert RL Quirnbach, Schleswig-Holstein habe sich dafür entschieden, im Programmverbund der Länder unter Federführung von Baden-Württemberg zu bleiben, weil das mit Abstand die kostengünstigste Lösung sei.

Zu Umdruck 17/42 - **Glücksspielstaatsvertrag** - möchte Abg. Heinold von der Landesregierung wissen, wann das Ergebnis der Evaluierung des Staatsvertrages vorliege.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die nächste Finanzausschusssitzung findet am 21. Januar 2010 statt. Am 7. und 14. Januar 2010 wird die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung die Bemerkungen 2009 des Landesrechnungshofs beraten. Am 3. Juni 2010 findet wegen einer Reise der SPD-Fraktion keine Finanzausschusssitzung statt.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer